



Wien, am 8. September 2026

DZM-LPD 2026

Zwischen Pressemitteilungen, Falschmeldungen und Polizeialltag!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das Innenministerium präsentiert das neue DZM-LPD 2026 als großen Modernisierungsschritt: weniger systembedingte Überstunden, mehr Planbarkeit, mehr Gerechtigkeit und eine enge Einbindung der Personalvertretung.

Das klingt gut! Entscheidend ist aber nicht, **wie ein Projekt in einer Pressemitteilung beschrieben wird**, sondern was am Ende tatsächlich bei den Kolleginnen und Kollegen ankommt.

Und genau hier lohnt sich ein Blick auf die Fakten!

„Enge Einbindung“ – wirklich?

Das BMI spricht von einer frühzeitigen und engen Einbindung der Personalvertretung und verweist auf mehrere Informations- und Beratungsgespräche.

Die FSG/Klub der Exekutive hat die Situation bereits Anfang Februar 2026 anders bewertet und klar festgehalten: Seit der Vorstellung des DZM gegenüber dem Zentrallausschuss hat es keine weitere Einbindung gegeben. Gleichzeitig blieben nach den Informationstouren durch die Bundesländer zahlreiche Fragen offen.

Bei der sogenannten Einbindung handelt es sich in Wahrheit aber um die zwingend vorgeschriebenen Schritte gem. B-PVG und nichts darüber hinaus.

Viele Gespräche bedeuten noch lange nicht, dass die Forderungen der FSG/Klub der Exekutive umgesetzt wurden!

Mitbestimmung ist mehr als Information. Beratung ist mehr als Zustimmung.

Seitens der Personalvertretung findet das DZM-LPD 2026 nach wie vor keine Zustimmung!

Unsere No-Go's waren klar!

Die FSG/Klub der Exekutive hat bereits im Oktober 2025 die Ergebnisse einer Mitarbeiterbefragung und die daraus abgeleiteten klaren Grenzen veröffentlicht:

- **Keine finanziellen Einbußen.**
- **Kein zweites Plandienstwochenende oder mehrere.**
- **Beibehaltung der 24-Stunden-Dienste.**
- **Keine Reduzierung der 28 Journaldienststunden.**
- **Keine Planungsverbünde.**



Dein Team im Zentrallausschuss

im Bundesministerium für Inneres
1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1
bmi-za-polizei-fsg@bmi.gv.at





**ZENTRALAUSSCHUSS
KLUB DER EXEKUTIVE**

FSG

POLIZEI

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen

Diese Position wurde Anfang Februar nochmals ausdrücklich bekräftigt. Die FSG/Klub der Exekutive hat dabei klargestellt, dass eine Reform nur akzeptabel ist, wenn finanzielle Nachteile ausgeschlossen, Zulagen und Möglichkeiten zur Überstundenleistung erhalten bleiben und Arbeits- und Ruhezeiten realistisch umsetzbar sind.

Das sind keine nachträglich erfundenen (Schein-)Argumente!

24-Stunden-Dienste sind plötzlich nicht mehr 24-Stunden-Dienste wie zuvor!

Das BMI betont, dass im Probetrieb weiterhin 24-Stunden-Dienste möglich sein werden – allerdings nur im Ausmaß von 50 Prozent der bisher geleisteten Anzahl.

Unser klarer Standpunkt ist: **Beibehaltung der 24-Stunden-Dienste auf freiwilliger Basis!**

Wenn im Probetrieb nur mehr die Hälfte der bisherigen Anzahl möglich ist, ist das keine vollständige Beibehaltung, sondern eine Reduzierung.

Und genau solche Details entscheiden darüber, wie der Dienstplan für die Kolleginnen und Kollegen tatsächlich aussieht.

Der Vorwand, dass die EU-Arbeitszeitrichtlinie keine 24-Stunden-Dienste im Polizeidienst zulässt, ist schlichtweg falsch!

„Bis zu 40 Stunden“ an Wochenenden sind zu viel!

Auch die Reduktion der Plandienststunden an Wochenenden von ursprünglich 48 auf nunmehr bis zu 40 Stunden wird als Verhandlungserfolg des BMI dargestellt.

Natürlich ist eine geringe Reduktion besser als keine Reduktion.

Aber auch hier muss man genau hinschauen! Die Realität zeigt uns jetzt schon, dass ein Großteil der 40 Plandienststunden im Durchschnitt an 3 Wochenenden eingeteilt wird.

Zusätzlich werden die Wochenendplandienststunden noch mit Mehrdienstleistungen ergänzt.

„Wer mehr leistet, verdient mehr!“

Besonders bemerkenswert ist die Aussage, dass künftig jene mehr verdienen können, die freiwillig mehr Überstunden leisten.

Ist es wirklich ein Fortschritt, wenn ein Personalsystem darauf angewiesen ist, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter freiwillig noch mehr arbeiten?

Die FSG/Klub der Exekutive hat bereits im Februar darauf hingewiesen, dass viele Kolleginnen und Kollegen auf besser bezahlte Nacht-, Wochenend- und Feiertagsdienste sowie Mehrdienstleistungen angewiesen sind – nicht aus Luxus, sondern wegen der Lebenshaltungskosten.

Deshalb ist die Frage nach möglichen Einkommensverlusten keineswegs „sachlich unbegründet“.

Sie ist zentral!

Ein neues Dienstzeitmodell schafft kein zusätzliches Personal!

Einen Punkt darf man bei der gesamten Diskussion nicht vergessen:

Ein neues Dienstzeitmodell schafft kein zusätzliches Personal.

Wenn zu wenig Personal vorhanden ist, kann man zwar Dienstpläne neu organisieren, Stunden anders verteilen und Überstundenpools einrichten, größer wird die Kollegenschaft dadurch aber nicht.



Dein Team im Zentralausschuss

im Bundesministerium für Inneres
1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1
bmi-za-polizei-fsg@bmi.gv.at



www.fsg4you.at



**ZENTRALAUSSCHUSS
KLUB DER EXEKUTIVE**

FSG

POLIZEI

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen

Die FSG/Klub der Exekutive hat deshalb bereits früh gefordert, dass eine Reform nicht dazu führen darf, Personalprobleme durch neue Dienstplanmodelle auf die Kollegenschaft abzuwälzen.

Wir bleiben bei unseren Forderungen und den No-Go's!

Die FSG/Klub der Exekutive verschließt sich keiner Modernisierung, aber wir werden nicht akzeptieren, dass Einschränkungen als Verbesserungen verkauft werden oder dass die Kolleginnen und Kollegen die Rechnung für strukturelle Personalprobleme bezahlen.

Deshalb werden wir den Probebetrieb genau beobachten.

Nicht anhand von Hochglanz-Präsentationen.

Nicht anhand von Videobotschaften.

Sondern anhand der Realität auf den Polizeiinspektionen in den Erprobungsbezirken:

- **Wie viele Dienste?**
- **Wie viele Wochenenden?**
- **Wie viele Überstunden?**
- **Wie viel Einkommen?**
- **Wie viel Freizeit?**
- **Wie viel Personal steht tatsächlich zur Verfügung?**
- **Wie verändert sich die Streifenanzahl?**

Das sind die Fragen, die für die Kolleginnen und Kollegen zählen.

**Die FSG/Klub der Exekutive vertritt weiterhin den Standpunkt:
Modernisierung ja – Verschlechterung nein!**

**Denn am Ende zählt nicht, was in einer Pressemitteilung steht.
Am Ende zählt, was im Dienstplan steht.**

FSG/Klub der Exekutive – wir schauen genau hin!

KOMPETENT

SACHLICH

HILFSBEREIT

LÖSUNGSORIENTIERT

Mit freundlichen Grüßen

Martin NOSCHIEL

Fraktionsvorsitzender

Stefan KROYER

Franz BERGMANN



Dein Team im Zentrallausschuss

im Bundesministerium für Inneres
1030 Wien, Hintere Zollamtsstraße 1
bmi-za-polizei-fsg@bmi.gv.at



www.fsg4you.at